

ALLGEMEINES

Neue Studie zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Engagement. Nach zwei Befragungen im April und August 2020 führte die Ziviz GmbH im November 2020 eine weitere Erhebung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das zivilgesellschaftliche Engagement durch. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bereitschaft zu spontanem helfendem Engagement sowie die Anzahl an Mitgliedschaften weiter rückläufig sind. Die Mehrausgaben für die Einhaltung der Infektionsschutzauflagen sowie für die Digitalisierung verschärfen die ökonomische Situation der Organisationen. Empfohlen werden eine Verlängerung und Erweiterung der Hilfeprogramme, eine Begleitung während des Antragsstellungsprozesses und eine Beratung über weitere Programme. Den zivilgesellschaftlichen Organisationen wird vorgeschlagen, Kündigungen durch Mitgliedschaftsrabatte zu vermeiden, Sachspenden wie beispielsweise PC-Hardware zu akquirieren, leerstehende Räumlichkeiten zu nutzen und sich bei Ministerien und Verbänden über weitere Unterstützungen zu informieren. Quelle: www.ziviz.de/corona

Stellungnahme zur Stiftungsrechtsreform. In seiner Pressemitteilung vom 4. Februar diesen Jahres begrüßt der Bundesverband Deutscher Stiftungen den aktuellen Regierungsentwurf zur Stiftungsrechtsreform. Der Regierungsentwurf greife wesentliche Reformziele des Bundesverbandes auf, so z. B.: ein bundeseinheitliches Stiftungsrecht, Verbesserungen bei Satzungs- und Strukturänderungen oder die Möglichkeit der Umwandlung in eine Verbrauchsstiftung. Auch die Einrichtung eines zentral geführten Stiftungsregisters mit Publizitätswirkung entspreche den Erwartungen. Jedoch seien auch Nachbesserungen nötig. Beispielsweise müsse lebendende Stifter*innen die Option eröffnet werden, die Stiftungszwecke in den ersten Jahren nach Errichtung im Hinblick auf die konkrete Stiftungsausrichtung anzupassen. Außerdem solle die Gründung von „Stiftungen auf Zeit“ ermöglicht werden. Darüber hinaus bedürfe es weiterer Erleichterungen wie etwa bei der Zu- und Zusammenlegung. Näheres unter www.stiftungen.org (Aktuelles/Pressemitteilungen) Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbands Deutscher Stiftungen vom 4.2.2021

Neue Website zum Wirken von Rosa Luxemburg. Anlässlich des 150. Geburtstags von Rosa Luxemburg (1871-1919) am 5. März 2021 hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. die Website www.rosaluxemburg.org zur Würdigung ihres Lebenswerks konzipiert. Diese enthält detaillierte Informationen zu den Lebensentscheidungen Luxemburgs sowie zu ihrer Biografie. Dabei geht es um ihre studienbedingte Emigration nach Zürich, um ihre Gefängnisaufenthalte und um ihre Tätigkeit als Dozentin, Redakteurin, Journalistin und Autorin. Eingegangen wird auch auf die

Bedeutung ihres Wirkens für die Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei. Einige ihrer Schriften und ausgewählten Materialien zu ihrem Leben ergänzen die Dokumentation. Angesichts der nach wie vor beobachtbaren sozialen Klassengegensätze und der prekären Situation der von Ungleichheit in extremer Weise betroffenen wohnungslosen und geflüchteten Menschen sind die theoretischen Ansätze der am 15. Januar 1919 von deutschen Offizieren ermordeten Revolutionärin weiterhin von zukunftsweisender Relevanz. Quelle: www.rosaluxemburg.org

Broschüre zum Online-Streetwork. Mit ihren Hilfeangeboten für Kinder und Jugendliche in Problemsituationen gehört Streetwork zu den niedrigschwelligen offenen Angeboten der Sozialen Arbeit. Um aktuell auch mit Blick auf die anhaltende Corona-Pandemie eine islamistische Radikalisierung junger Menschen zu verhindern, bedient sich das seit Oktober 2017 laufende und von der „Landeskommision Berlin gegen Gewalt“ geförderte sekundärpräventive Modellprojekt streetwork@online innovativer Strategien. Angezielt wird dabei eine Kommunikation mit radikalisierungsgefährdeten Jugendlichen über Social Media wie Facebook und Instagram. Anhand anonymisierter Praxisbeispielen wird auf spezifische Handlungsansätze zur Stärkung des Reflexionsvermögens, auf Identitätsbildung und Resilienz eingegangen. Dies alles findet sich in der 48-seitigen digitalen Broschüre des Träger*innenvereins Akzeptanz Vertrauen Perspektive e.V. http://www.streetwork.online/download/Broschue_re_OnlineStreetwork.pdf eingesehen werden. Quelle: Internetseite der Initiative streetwork@online

SOZIALES

Aufruf der Diakonie zum Gewaltschutz für geflüchtete Frauen. Unter Bezugnahme auf die in Deutschland am 1. Februar 2018 in Kraft getretene Istanbul-Konferenz fordert die Diakonie Deutschland Verbesserungen bei der Umsetzung der hierin verankerten Bestimmungen, wonach Frauen im Allgemeinen und damit auch geflüchtete Frauen vor Gewalt zu schützen sind. Die geltenden Asyl- und aufenthaltsrechtlichen Vorgaben erhöhen häufig das Risiko Gewalt erleben zu müssen und erschweren zudem den Zugang zu Schutzmöglichkeiten und Beratungsangeboten. Um sicherzustellen, dass gewaltbetroffene geflüchtete Frauen die Unterstützung bekommen, die sie benötigen, müsse man den Gewaltschutz und das Asyl- und Aufenthaltsrecht besser aufeinander abstimmen. Ratsam seien eine Verpflichtung zu einer effektiven Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten in Unterkünften, geschlechtssensible Asylverfahren auch für Menschen aus „sicheren Herkunftsstaaten“ und eine Sicherstellung des Zugangs zu medizinischer und psychosozialer Versorgung. Mehr unter www.diakonie.de (alle Pressemitteilungen). Quelle: Pressemitteilung der Diakonie Deutschland vom 29. Januar 2021

Engagement-Botschafter*innen gesucht. Für seine am 3. Mai dieses Jahres startende Kampagne „Engagement macht stark“ sucht das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement noch Vorschläge für die Nominierung von Engagement-Botschafter*innen, die durch ihren persönlichen und überzeugenden Einsatz im diesjährigen Themenschwerpunkt „Engagement und Inklusion“ eine motivierende Vorbildfunktion erfüllen. Zur Einstimmung auf die vom 10. bis 19. September 2021 stattfindende „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ sind Ideen für Projekte willkommen. Die Auftaktveranstaltung der Engagementwoche, in deren Rahmen die Botschafter*innen ernannt werden, findet am 10. September statt. Empfehlungen für beide Kategorien können noch bis zum 31. März in Web-Formularen auf der Internetseite www.engagement-macht-stark.de eingereicht werden. Quelle: Mitteilung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement vom 10.2.2021

Forderung nach Corona-Nothilfen und höheren Sozialeleistungen. Um eine weitere gesellschaftliche Marginalisierung einkommensärmer Menschen zu verhindern, fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband gemeinsam mit einem Bündnis aus 40 Gewerkschaften und Verbänden einen pauschalen Grundsicherungszuschlag in Höhe von monatlich 100 Euro für coronabedingte Mehrkosten und eine Anhebung der staatlichen Grundsicherung auf 600 Euro. Dies solle auch für Menschen gelten, die sich in einem laufenden Asylverfahren befinden. Laut der Argumentation des Bündnisses fehle es den Armen zum einen auch schon vor der Pandemie an Geld für eine gesunde Ernährung und für ein Mindestmaß an Teilhabe, zum anderen bedürfe es einer Kompensation coronaverursachter Mehrausgaben. Viele Aufstocker*innen hätten ihren erlaubten Zuverdienst verloren. Wichtig sind nach Auffassung des Bündnisses auch ein Verbot von Zwangsräumungen und eine Aussetzung von Kreditrückzahlungen. Wer sich dem Appell anschließen möchte, findet die Online-Petition unter der Anschrift www.der-paritaetische.de/coronahilfe/ Quelle: Internetseite des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V.

GESUNDHEIT

Stellungnahme zur Konzipierung einer Richtlinie für die Versorgung psychisch kranker Menschen. In einer am 22. Januar diesen Jahres vorgelegten Stellungnahme zum Thema der berufsgruppenübergreifenden koordinierten und strukturierten Versorgung psychisch kranker Menschen nach §92 Absatz 6b des SGB V weist die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG) darauf hin, dass eine qualitativ angemessene Ausgestaltung der Versorgung und ein niedrigschwelliger Zugang für eine gelingende Umsetzung von wesentlicher Bedeutung seien. Angezielt werden müsse ein Direktzugang zur Soziotherapie, eine aufsu-

chende Behandlung und Beratung sowie eine bisher im Sozialgesetzbuch V nicht vorgesehene Miteinbeziehung der Sozialen Arbeit in die ambulante Unterstützung. Auch im psychiatrischen Bereich könne die Soziale Arbeit zu einer besseren Koordination, Gestaltung und Erschließung von Hilfen beitragen. Stellungnahme unter: <https://dvsg.org/publikationen/stellungnahmenpositionen/> abgerufen werden. Quelle: Internetseite der DVSG

Studie zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Im Rahmen der COPSY-Längsschnittstudie untersuchte das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die seelische Gesundheit und das Wohlbefinden junger Menschen in Deutschland. Mittels eines Online-Fragebogens wurden mehr als 1000 11- bis 17-jährige Kinder und Jugendliche sowie 1500 Eltern von 7- bis 17-Jährigen befragt. Wie sich zeigte, leidet wohl fast jedes dritte Kind unter psychischen Auffälligkeiten. Gemäß der BELLA-Referenzstudie war dies vor der Pandemie nur bei etwa einem Fünftel der Kinder und Jugendlichen der Fall. Da vor allem Kinder und Jugendliche aus „sozial schwächeren Verhältnissen“ oder mit einem Migrationshintergrund betroffen seien, bedürfe es verlässlicher Konzepte, um deren seelische Gesundheit zu stärken. Quelle: www.uke.de/copsy

Internetseite bietet Hilfestellungen für Jugendliche und Eltern in Corona-Zeiten. Die Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie des LMU Klinikums München hat in Partnerschaft mit der Beisheimstiftung eine Internetseite mit konkreten Tipps zur Bewältigung psychischer Probleme im Kontext der Corona-Pandemie konzipiert. Unter der Anschrift www.corona-und-du.info finden sich Übungen für eine positive Einstellung und Hinweise zum Umgang mit emotionalen Belastungen und Stress. Ergänzend enthält die Internetseite Impulse für eine gesunde Lebensweise und Informationen zum Infektionsschutz, zu geeigneten Anlaufstellen und zu den Berufsgruppen, die eine therapeutische Unterstützung bieten können. Vor allem junge Menschen, die schon vor Corona mit schlechter Stimmung und Ängsten zu kämpfen hatten, seien gefährdet. Quelle: www.corona-und-du.info

Informationen zum Thema Sport und Demenz. Im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekts „Sport bewegt Menschen mit Demenz“ stellt der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) interessierten Vereinen umfassende Informationsmaterialien zur Verfügung. Eine Broschüre mit wertvollen Impulsen wird ergänzt durch das Buch „Sport und Bewegung für Menschen mit Demenz“ in dem vielfältige Praxiserfahrungen beschrieben werden. Darüber hinaus enthält die Materialbox des DOSB Postkarten mit „Dual-Tasking-Aufgaben“, also simultan zu erfüllenden motorischen und mentalen

Aufgaben. Der DOSB setze sich dafür ein, dass Sportvereine auch spezifische Sport- und Bewegungsangebote für Betroffene anbieten. Die kostenfreie Materialbox ist unter der E-Mail-Anschrift info@deutsche-alzheimer.de erhältlich. Weiteres unter <https://richtigfitab50.dosb.de/demenz>. Quelle: Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. vom 15.2.2021

JUGEND UND FAMILIE

Fachtag zum Thema Resilienzförderung im Schulalltag. Am 8. Oktober 2020 realisierte die „ufuq.de-Fachstelle für Pädagogik zwischen Islam, antimuslimischem Rassismus und Islamismus“ einen digitalen Fachtag zum Thema Resilienzförderung im Schulalltag. Im Mittelpunkt standen die Lebensrealitäten rassistuserfahrener und sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Die Beiträge befassten sich mit dem Konzept der Resilienz und dessen Anwendung in der Praxis. Im Einzelnen ging es um die sozialarbeiterische und psychotherapeutische Arbeit im Kontext von Fluchterfahrung, um die empowermentorientierte Perspektive auf Resilienz und um den Instagram-Kanal related.e.v, auf dem junge Menschen aus den Berliner Stadtteilen Kreuzberg und Neukölln ihre Alltagserfahrungen teilen. Videoaufzeichnungen zum Fachtag können auf der Internetseite www.ufuq.de/materialsammlung-kinder-resilienzfoerung-im-schulalltag/ abgerufen werden. Quelle: www.ufuq.de

Tipps von Jugendlichen für Jugendliche zum Care-leaving. Junge Menschen, die in Einrichtungen der Erziehungshilfe wie Heimen und Wohngruppen aufgewachsen sind, haben in einem vom Careleaver-Zentrum Dresden „House of Dreams“ herausgegebenen Abreißkalender die letzten 100 Schritte dokumentiert, die sie vor dem Verlassen der Jugendhilfe gegangen sind. Wer selbst in einer Wohngemeinschaft oder einer Pflegefamilie lebt, findet hier hilfreiche Tipps für den Übergang in ein selbstständiges Leben. Im Einzelnen geht es beispielsweise um finanzielle Fragen, um Anträge bei Behörden oder um die Suche nach der ersten eigenen Wohnung. Auch motivierende Worte und Rezeptideen sind im Kalender zu finden. Dieser kann für sechs Euro bestellt werden: bestellung@100schritte.de angefordert werden. Quelle: www.careleaverzentrum.de (Information/bei uns erhältliche Informationsmaterialien)

Empfehlungen zum Schutz junger Menschen vor Gewalt. Das von der Bundesregierung eingesetzte Bundesjugendkuratorium hat in einem „Zwischenruf“ vom 4. Februar diesen Jahres Anhaltspunkte für eine bessere Umsetzung des in Artikel 19 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskonvention verankerten Grundrechts aller Kinder und Jugendlichen auf Schutz vor körperlicher, seelischer und sexualisierter Gewalt publiziert. Zu berücksichtigen seien in besonderer Weise vulnerable

Die Präsenzveranstaltungen finden vorbehaltlich der zum Veranstaltungstermin geltenden Hygiene-regelungen statt.

27.-28.5.2021 digital. „Erziehung – Status Quo Vadis?“
Information: Universität zu Köln, Department Erziehungs- & Sozialwissenschaften, Innere Kanalstraße 15, 50823 Köln, E-Mail: jbossek1@uni-koeln.de

3.-5.6.2021 Weinheim. Im Zentrum der Liebe. Zwischen Sehnsucht und Verunsicherung. Information: Odenwald-institut der Karl Kübel Stiftung, Tromm 25, 69483 Wald-Michelbach, Tel.: 06207/60 50, E-Mail: info@odenwald-institut.de

11.-13.6.2021 digital. Innovation in und von Organisationen. 21. Tagung für Angewandte Sozialwissenschaften. Information: Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen e.V., E-Mail: geschaeftsstelle@bds-soz.de

11.-13.6.2021 Tutzing. Systemrelevant? Feministische Perspektiven. Information: Evangelische Akademie Tutzing, Schlossstraße 2+4, 82327 Tutzing, Tel.: 08158/25 10, E-Mail: info@ev-akademie-tutzing.de

15.-18.6.2021 digital. „Innovation and resilience: preparedness of social work education in uncertain times“, European Conference on Social Work Education (EASSW). Information: Universität Tallinn, Narva maantee 25, 10120 Tallinn (Estland), E-Mail: ecswe2021@tlu.ee

16.6.2021 München. Die digitalisierte Gesellschaft – Möglichkeiten, Risiken, Grenzen. Information: Deutsches Jugendinstitut München (DJJ), Nockherstraße 2, 81541 München, Tel.: 089/62 30 65 87, E-Mail: wolfgang.mueller@djji.de

17.-18.6.2021 Klagenfurt (Österreich). „Border Thinking“. 21. Internationale Migrationskonferenz. Information: Hochschule für Soziale Arbeit Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), Institut für Integration und Partizipation, Riggensbachstrasse 16, 4600 Olten (Schweiz). Tel.: +41 62/95 72 05 7, E-Mail: thomas.geisen@fhnw.ch

23.-25.6.2021 digital & Münster. „Zusammenhalten und zusammen gestalten“, Gemeinsamer Suchtkongress. Information: Fachverband Sucht, Walramstraße 3, 53175 Bonn, Tel.: 0228/26 15 55, E-Mail: info@der-suchtkongress.de

28.-30.6.2021 Genf (Schweiz). Soziale Gerechtigkeit in Zeiten der Ungewissheit. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie. Information: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie, Hirschengraben 20, 8001 Zürich (Schweiz), E-Mail contact@sociocongress2021.ch